

ANDREAS MATTFELDT MdB

Verden-Osterholz

BERLIN AKTUELL

Liebe Freunde,

kurz vor Weihnachten kam für viele Bürger auch in unserer Region noch einmal eine schlechte Nachricht im Zuge des durch die Ampel verursachten Haushaltschaos wie höhere Abgaben etwa beim CO₂-Preis. Gleichzeitig soll unter anderem unsere Landwirtschaft weniger unterstützt werden. Ich werde diese und andere Missverhältnisse bei den im neuen Jahr fortgesetzten Beratungen zum Haushalt 2024 klar an die Ampel adressieren.

Ich möchte trotz dessen ein frohes Weihnachtsfest, einen guten Rutsch ins neue Jahr und eine insgesamt erholsame Zeit sowie viel Spaß beim Lesen wünschen!

Herzliche Grüße

Ihr/Euer



Andreas Mattfeldt

FOTOS DER WOCHE



Frohes Weihnachtsfest und guten Rutsch ins neue Jahr

Dieses Jahr war für die meisten von uns sicherlich in vielerlei Hinsicht turbulent und ein Stück weit herausfordernd. Für mich als Bundestagsabgeordneter waren vor allem die vergangenen Monate, die im Zeichen der jährlichen Beratungen um den Bundeshaushalt standen besonders aufregend. Hierüber hatte ich ja in den letzten Sitzungswochen bereits berichtet. Es hat einmal wieder gezeigt, dass es auch nach fast 15 Jahren in diesem politischen Umfeld noch immer Dinge gibt, die ich noch nicht erlebt habe.

In den kommenden Tagen und Wochen wird sich für viele die Uhr glücklicherweise ein wenig langsamer drehen und die besinnliche Weihnachtszeit eingeläutet. Deshalb möchte ich an dieser Stelle die Gelegenheit nutzen, um Euch und Ihnen allen ein frohes Weihnachtsfest zu wünschen! Genießt die Tage im Kreise Eurer Lieben, bleibt gesund und kommt gut ins neue Jahr! Euer Andreas

THEMEN DER WOCHE

Aktuelles zum Bundeshaushalt: Nachtragshaushalt 2023, Aussetzung der Schuldenbremse und Haushalt 2024

Aufgrund des Bundesverfassungsgerichtsurteils vom 15. November 2023 muss die Bundesregierung ihre gesamte Haushaltsplanung überarbeiten und verfassungsfest machen. Dazu dient der Nachtragshaushalt inkl. dem Antrag auf „Aussetzen der Schuldenbremse“, der heute im Plenum beraten wurde.

Um die Verfassungsmäßigkeit des Haushalts 2023 wiederherzustellen, soll zudem ein Nachtragshaushalt verbunden mit einer sog. Notlagenerklärung nach Art. 115 GG Abs. 2 Satz 6 und 7 Grundgesetz eingebracht und verabschiedet werden. Die Schuldenbremse wird also von der Ampelmehrheit erneut ausgesetzt. Die erneute Aussetzung der Schuldenbremse (Notlagenerklärung) für das Jahr 2023 war im Koalitionsvertrag der Ampel bisher eigentlich ausgeschlossen, der Bundesfinanzminister wollte sie mit allen Mitteln vermeiden. Sie ist dennoch die einzig verbliebene Möglichkeit, die von der Ampel selbstverursachte Verfassungswidrigkeit des Haushalts 2023 noch zu heilen. Die sog. Notlagenerklärung ist durch das Urteil erzwingenmaßen konstruiert, um den Verfassungsbruch zu legitimieren. Zudem ist die rückwirkende Erklärung einer Notlage so in der Verfassung nicht vorgesehen. Sie bedeutet einen sehr harten Eingriff in das Budgetrecht des Parlaments.

Das Verfahren zum Bundeshaushalt 2024 wurde indes ausgesetzt und wird voraussichtlich erst im Januar 2024 wieder aufgenommen. Die Ampel hatte zwischenzeitlich immer wieder verlautbart, den Haushalt kurzfristig beschließen zu wollen. Meine Fraktionskollegen und ich hatten dabei immer wieder darauf hingewiesen, dass die Auswirkungen der Ampel-Tricksereien starke Auswirkungen auf alle Wirtschaftspläne hätten, wären vorschnelle Beschlüsse ein nachhaltiger Fehler. Es ist nicht erfreulich, dass der Haushalt 2024 erst im kommenden Jahr beschlossen werden kann. Im Lichte des bereits genannten ist es aber eine kluge Einsicht.

Eine deutlich weniger kluge Einsicht ist es aber, den Bürgern nun mehr Abgaben aufzubürden, um die eigenen Fehler zu bereinigen. Noch vor einem Monat hatte Finanzminister Lindner verkündet, es gäbe kein Einnahmen- sondern ein Ausgabenproblem. Zudem wird nun trotz all den Bekenntnissen zu Versorgungssicherheit und Milliarden Euro für global agierende Chipunternehmen, der Rotstift bei den Landwirten angesetzt.

Zur Halbzeit der Wahlperiode – Deutschland kann es besser

Deutschland ist ein starkes Land. Doch Europa und unser Land befinden sich in schwierigen Zeiten. Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine und der terroristische Angriff der Hamas gegen die israelische Bevölkerung bestimmen die Weltlage ebenso wie die Sicherheitslage in Deutschland. Der Klimawandel verlangt nach sicherheitsrelevanten Antworten. Inflation, Rezession und Wohnungsnot stellen Wirtschaft und Gesellschaft vor große Herausforderungen. Zudem erleben wir eine neue Migrationskrise. In dieser Situation bräuhete Deutschland eine neue Migrationsregierung, die politische Bräuhete übernimmt. Doch der Desiderat Streik der Ampel-Koalitionäre liegt wie Mehltau auf dem Land.

In unserem dieswöchigen Leitartikel lenken wir den Blick auf unsere konstruktive parlamentarische Arbeit zur Halbzeit dieser Wahlperiode. Wir haben zu allen wichtigen Politikbereichen eine große Zahl an eigenen Vorschlägen erarbeitet. Wir stehen ein für eine solide und seriöse Haushaltspolitik, die die Vorgaben des Grundgesetzes achtet und kommende Generationen nicht zusätzlich belastet. In der Asyl- und Flüchtlingspolitik wollen wir Humanität und Ordnung wieder in Einklang bringen. Wir haben aufgefordert, wie sich illegale Migration wirksam begegnen lässt. Wir haben darauf gedrungen, die innere Sicherheit in Deutschland zu stärken und endlich wieder zur Priorität

zu machen. Wir haben dargelegt, wie eine Wirtschafts-Wende hin zu mehr Wachstum gelingen, der Umstieg zum klimaneutralen Heizen technologieoffen, sozialverträglich und marktwirtschaftlich fortgesetzt, der Wasserstoffhochlauf beschleunigt und der Kohlenstoffkreislauf geschlossen werden kann. Wir fordern eine hervorragende Ausstattung für die Bundeswehr, um Deutschlands Bündnis- und Verteidigungsfähigkeit herzustellen und im Sinne nachfolgender Generationen achten wir wie keine andere Fraktion auf nachhaltige Finanzen.

Wir werden diese Arbeit auch in den kommenden zwei Jahren fortsetzen und damit zeigen: Deutschland kann es besser!

Studierende finanziell entlasten – Studienkredit der Kreditanstalt für Wiederaufbau wieder zu einem geeigneten Instrument der Studienfinanzierung machen

Studierende, die einen KfW-Studienkredit in der Niedrigzinsphase und im Zuge der pandemiebedingten Notlage abgeschlossen haben, geraten aktuell durch enorme Zinsanstiege in existenzielle finanzielle Nöte. Nach Auskunft der Bundesregierung wurden zwischen Januar 2022 und Juni 2023 insgesamt 19.534 Darlehen zugesagt. Der Zinssatz hat sich in der Amtszeit von Bundesbildungsministerin Stark-Watzinger aber mehr als verdoppelt. Lag der Zinssatz bei Neuverträgen im Oktober 2021 noch bei 3,76 Prozent, ist er zum 1. Oktober 2023 auf 9,01 Prozent gestiegen. Besonders hart trifft diese Entwicklung Studierende mit Bestandsverträgen und variablem Zinssatz. Teilweise müssen Studenten monatlich bis zu 300 EUR nur an Zinsen zahlen. Mit unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung auf, sich um die Lösung des Problems der Studierenden zu kümmern und den Betroffenen zu helfen. Die Bundesregierung muss darauf hinzuwirken, dass für bestehende wie neue Verträge des KfW-Studienkredites eine feste Zinsbindung gilt. Sie muss dem Deutschen Bundestag detailliert und fortlaufend über den Verhandlungsfortschritt mit der KfW unterrichten.

Politischen Islamismus wirksam bekämpfen – Ausländische Einflussnahme auf deutsche Muslime zurückdrängen

Deutschland ist ein weltoffenes Land. Nach Jahrzehnten der Einwanderung hat heute ein Viertel der Menschen in Deutschland einen Migrationshintergrund. Diese kulturelle Vielfalt kann ein Gewinn für uns alle sein, wenn sie friedlich und auf dem Boden der deutschen Gesetze, insbesondere des Grundgesetzes, verläuft. Dennoch müssen wir uns bewusst werden, dass ausländische Staaten aus ihren Ländern stammende Migranten zunehmend als Instrument der Einflussnahme nutzen: So warnt etwa der Bundesverfassungsschutz vor „Aktivitäten türkischer Nachrichtendienste und Sicherheitsbehörden durch Einflussnahmeversuche auf türkeistämmige Gemeinschaften in Deutschland, die auch Auswirkungen auf den politischen Willensbildungs- und Entscheidungsfindungsprozess in der deutschen Gesellschaft insgesamt haben können“ (Verfassungsschutzbericht 2022; S. 300 f.). Aufgrund der Pläne der Ampel-Bundesregierung zur noch leichten Einbürgerbarkeit, insbesondere unter Beibehaltung der bisherigen Staatsangehörigkeit, droht perspektivell eine Verschärfung dieser Entwicklung. Ausländische Staaten können auch Religion zur illegitimen Beeinflussung der in Deutschland lebenden Migranten instrumentalisieren. In Deutschland gibt es keine Staatskirche (Artikel 140 des Grundgesetzes i.V.m. Artikel 137 Abs. 1 der Weimarer Reichsverfassung). Die Väter und Mütter der Grundgesetzes haben sich bewusst entschieden, diese mittlerweile über 100 Jahre alte deutsche Verfassungstradition beizubehalten. Wenn das Grundgesetz also richtigerweise eine deutsche Staatskirche ausschließt, dann sind die Aktivitäten ausländischer Staatskirchen oder auf ähnlich gleiche Weise mit dem Herkunftsstaat verbundenen Religionsgemeinschaften in unserem Land erst recht kritisch zu sehen. Der deutsche Staat muss sicherstellen, dass ausländische Regierungen hierzulande nicht über religiöse Einflussmöglichkeiten verfügen, die dem deutschen Staat selbst Anstrich der Verantwortung zurechnen. Mit unserem Antrag schlagen wir eine Reihe von dringend erforderlichen Maßnahmen vor, um diesem Ziel näher zu kommen.

WAHLKREIS AKTUELL

Plötzlicher Förderstopp bei KFN und WEF

Eigentlich sollten alle Häuslebauer und gerade Familien auch in unserer Region noch eine positive Nachricht kurz vor Weihnachten erhalten. Die für die Wohneigentumsförderung zentralen Programme „Wohneigentum für Familien“ (WEF) und „Klimafreundlicher Neubau“, die auch bei uns stark gefördert werden, wurden um 280 Millionen Euro verstärkt. Der Haushaltsausschuss hierüber am 12. Dezember unterrichtet. Die Gelder sollten laut Schreiben dazu dienen, einen Förderstopp zu verhindern. Es kam doch zum Förderstopp – zwei Tage nach dem Schreiben aus dem Bundesfinanzministerium an uns Haushälter. Wie sich nun herausstellte, war dem beantragenden Bauministerium diese Tatsache bereits letzte Woche bekannt

geworden. Die Gelder dienen scheinbar weniger dafür, einen Förderstopp zu verhindern, sondern vielmehr dafür, die bereits zugesagten Förderungen noch finanziell hinterlegen zu können.

Dieser abrupte Förderstopp ist für Häuslebauer eine schlechte Nachricht, für die Wohneigentumsförderung und auch für uns Abgeordnete, die erneut irreführende Informationen von der Ampelregierung erhalten haben.

Nach derzeitigem Stand werden neue Mittel erst nach der Verabschiedung des Haushaltses 2024 bereitgestellt werden. Alle bereits erteilten Förderzusagen und Anträge, die bis einschließlich 13. Dezember eingezogen sind, sind nicht von dem Stopp betroffen, aber neue Anträge werden damit bis ins Jahr 2024 hinein auf Eis liegen und damit sicherlich auch viele Träume und Pläne.

TERMINE UND AUSBLICK IM BUND

- 10.-12. Dezember: Präsidentschaftswahl in Ägypten (al-Sisi kandidiert für dritte Amtszeit; Wahlergebnis soll am 18. Dezember verkündet werden)
- 11./12. Dezember: Konferenz 75 Jahre Allgemeine Menschenrechtserklärung in Genf
- 12. Dezember: geplanter Abschluss der Weltklimakonferenz (COP28) in Dubai
- 12. Dezember: Rat für Allgemeine Angelegenheiten (Vorbereitung ER, Europäisches Semester, Rechtsstaatlichkeitsdialog Erweiterung)
- 11./12. Dezember: Konferenz 75 Jahre Allgemeine Menschenrechtserklärung in Genf
- 12. Dezember: geplanter Abschluss der Weltklimakonferenz (COP28) in Dubai
- 12. Dezember: Rat für Allgemeine Angelegenheiten (Vorbereitung ER, Europäisches Semester, Rechtsstaatlichkeitsdialog Erweiterung)
- 13. Dezember: EU-Westbalkangipfel mit BK Scholz (Ukraine, Ernährungssicherheit, Zusammenarbeit in der Außen- und Sicherheitspolitik sowie EU-Beitrittsperspektive),

- 13. Dezember: Weltflüchtlingsforum des UN-Flüchtlingshilfswerks UNHCR in Genf
- 14./15. Dezember: Europäischer Rat (Lage in der Ukraine, Eröffnung von Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine und Moldau, Überarbeitung des mehrjährigen Finanzrahmens, Lage im Nahen Osten, Migration)
- 14. Dezember: EZB-Ratssitzung mit Zinsentscheidung
- 16. Dezember: BK Scholz nimmt auf Einladung des Zentralrats der Juden am Gemeindetag unter dem Motto „Gemeinsam leben“ teil und hält ein Grußwort (14. Dezember: Eröffnung mit BPräs Steinmeier, 15. Dezember: MP Wüst und BM Baerbock
- 17. Dezember: OB-Stichwahl in Pirna
- 17. Dezember: Parlamentswahlen in Serbien
- 19. Dezember: BVerfG-Urteil zur Bundestagswahl in Berlin